



Informationen zum Umgang mit ihren persönlichen Daten als Klientin im Frauenhaus

Datenschutzhinweis

Im Folgenden informieren wir über die Verarbeitung von personenbezogenen Daten im Rahmen Ihres Aufenthalts im Frauenhaus. Personenbezogene Daten sind alle Daten, die auf Sie persönlich beziehbar sind, zum Beispiel Name, Adresse, Geburtsdatum. Welche Daten im Einzelnen verarbeitet und in welcher Weise diese genutzt werden, richtet sich maßgeblich nach Ihrem konkreten Fall als Klientin.

1. Verantwortliche Stelle für die Datenverarbeitung ist

Frauen helfen Frauen Frankfurt e.V.
vertreten durch den Vorstand: Birgitt Schnitzler, Sabrina Engelbrecht, Saskia Müller
Postfach 560235
60407 Frankfurt am Main
Telefon: 069 219 36 14 00
Fax: 069 219 36 14 39
E-Mail: info@frauenhaus-ffm.de

Unseren Datenschutzbeauftragten erreichen Sie unter E-Mail: frauenhaus-ffm@frankfurter-datenschutz.de oder unserer Postadresse mit dem Zusatz „Der Datenschutzbeauftragte“.

2. Zu welchem Zweck verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten und wieso sind wir dazu berechtigt?

Während Ihres Aufenthalts im Frauenhaus verarbeiten wir von Ihnen und ggf. von Ihren Kindern personenbezogene Daten. Dabei handelt es sich insbesondere um Stammdaten, wie Vor- und Nachname, Geburtsdatum- und Ort, letzter Wohnsitz, familiäre- und finanziellen Verhältnisse. Diese Daten werden zum Zweck Ihrer psychosozialen Beratung, Ihrer Existenzsicherung und zur Kooperation mit Behörden und Ämtern, sowie für Abrechnungszwecke von uns verarbeitet. Die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung dieser Daten ist Art. 6 Abs. 1 b DSGVO.

Ferner besteht die Möglichkeit, dass wir von Ihnen im Rahmen von Gesprächen weitere sogenannte besondere personenbezogene Daten mitgeteilt bekommen. Unter besonderen personenbezogenen Daten sind zum Beispiel Angaben zu Gewalterfahrungen, Gesundheitsdaten, religiöse oder weltanschauliche Überzeugungen zu verstehen. Diese von Ihnen freiwillig angegebenen Daten werden von uns vertraulich behandelt und nur mit Ihrer ausdrücklichen Einwilligung dokumentiert. Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit a DSGVO i. V. m. Art. 9 Abs. 2 lit. a DSGVO.

Ihre Einwilligung zur Verarbeitung Ihrer Daten können Sie jederzeit widerrufen. Ein solcher Widerruf beeinflusst die Zulässigkeit der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, nachdem Sie ihn gegenüber uns ausgesprochen haben. Die Zulässigkeit der Verarbeitung Ihrer Daten bis zum Zeitpunkt Ihres Widerrufs bleibt unberührt.

3. Welche personenbezogenen Daten werden verarbeitet?

Um Ihnen einen Überblick zu geben, welche personenbezogenen Daten von Ihnen verarbeitet werden können, möchten wir hier beispielhaft einige nennen:

Name, Geburtsdatum-/Ort, bisherige Adresse, Nationalität, Religion, Telefonnummer, Familienstand, Passdaten/Aufenthaltstitel, Arbeitsplatz, Schul-/Berufsbildung, Sprachkenntnisse, Erkrankungen, Daten zu Kontaktpersonen, Heirats-/Scheidungs-/Trennungsdatum (Urkunden hierzu), Daten der Kinder (Name, Geburtsort, Geburtsdatum, Nationalität, Name des Vaters), Daten zum Ehepartner (Name, Adresse, Geburtsdatum, Nationalität, Arbeitgeber), Angaben zur häuslichen Gewalt, Angaben zu vorhergehenden Gewalterfahrungen, Misshandlungen der Kinder, allgemeine Lebensgeschichte, Gesprächsprotokolle, Berichte Verfahrensbeistände, Fragebogen Sozialpädiatrisches Zentrum, Polizeiberichte, Kopien Inanspruchnahme Gewaltschutzgesetz, Arzt-/Krankenhausberichte, Gerichtsurteile, Daten bzgl. des Jobcenters (Nummer der Bedarfsgemeinschaft, zuständige/r Sachbearbeiter/in, persönliche/r Ansprechpartner/in,

Bescheide), Rentenversicherungsausweis, Sozialversicherungsausweis, Behindertenausweis, Steuer-ID Nummer, Schriftverkehr mit Anwältinnen der Bewohnerin und mit Anwälten der Gegenseite, Bankverbindungen Registriernummern Wohnungsamt, Kindergeldnummern, Kindergeldanträge / Kindergeldbescheide, Anträge für Unterhaltsvorschuss, Elterngeldanträge/-bescheide, Kopien der aufgezählten Dokumente

4. Woher kommen die Daten, die verarbeitet werden?

Wir verarbeiten personenbezogene und besondere personenbezogene Daten die wir im Rahmen der Betreuung von Ihnen erhalten. Zudem verarbeiten wir – soweit dies im Rahmen der Erfüllung der Betreuung erforderlich ist – personenbezogene Daten, die wir zulässigerweise von Dritten erhalten, wie von Gerichten, Behörden und Ämtern.

5. Erhält außer uns noch jemand Ihre Daten?

Grundsätzlich werden Ihre Daten nur durch uns und unseren zur Verschwiegenheit verpflichteten Mitarbeiter*innen verarbeitet. An Dritte übermitteln wir Ihre personenbezogene Daten nur dann, wenn dies gesetzlich erlaubt ist oder Sie eingewilligt haben.

Weitere Empfänger sind unsere Auftragsverarbeiter, die uns in den Bereichen EDV oder der Archivierung und Vernichtung von Unterlagen unterstützen und mit denen gesonderte Verträge zur Auftragsverarbeitung geschlossen wurden. Unsere Auftragsverarbeiter werden von uns sorgfältig ausgewählt, sind an unsere Weisungen gebunden und werden regelmäßig kontrolliert. Eine Übersicht unserer Auftragsverarbeiter stellen wir Ihnen bei Bedarf gerne zur Verfügung.

Zu Abrechnungszwecken werden entsprechend dem Zuwendungsbescheid des zuständigen öffentlichen Kostenträgers die dazu erforderlichen Daten übermittelt.

Aufgrund des Infektionsschutzgesetzes sind wir verpflichtet meldepflichtige Krankheiten entsprechend an das Gesundheitsamt zu melden.

Sofern der Verdacht auf eine Kindeswohlgefährdung besteht oder diese bereits eingetreten ist, sind wir nach § 8 a SGB VIII verpflichtet, eine Meldung an das zuständige Jugendamt zu machen.

Mit Ausnahme der genannten weiteren Empfänger erfolgt keine Datenweitergabe an Dritte, sofern Sie uns nicht Ihre ausdrückliche schriftliche Einwilligung hierzu erteilt haben.

Wir weisen Sie darauf hin, dass für unsere Mitarbeiterinnen kein Zeugnisverweigerungsrecht nach § 53 StPO besteht.

4. Wie lange werden Ihre Daten gespeichert?

Ihre Personenbezogene Daten werden nur solange gespeichert, wie es für die Einhaltung der gesetzlichen Verpflichtungen notwendig ist. In der Regel werden Ihre personenbezogenen Daten drei Jahre nach dem Auszug aus dem Frauenhaus oder der Beendigung der Beratung aufbewahrt. Wir sind aufgrund gesetzlicher Aufbewahrungsfristen verpflichtet, Ihre Abrechnungsdaten für die Dauer von bis zu 10 Jahren zu speichern. Nach Ablauf dieser Fristen werden wir Ihre Daten komplett löschen, es sei denn, dass eine juristische Situation die Verlängerung dieser Fristen erfordert.

5. Welche Rechte haben Sie?

Hinsichtlich der Sie betreffenden personenbezogenen Daten haben Sie gegenüber uns als Verantwortlichen folgende Rechte:

- gemäß Art. 15 DSGVO Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten Daten zu verlangen, sowie eine Kopie dieser Daten.
- gemäß Art. 16 DSGVO die unverzügliche Berichtigung unrichtiger oder die Vervollständigung Ihrer Daten zu verlangen.
- gemäß Art. 17 DSGVO auf Löschung („Recht auf Vergessenwerden“) Ihrer Daten zu verlangen, soweit die Verarbeitung nicht zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist.
- gemäß Art. 18 DSGVO auf Einschränkung der Verarbeitung, soweit die Richtigkeit der Daten von Ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie aber deren

Löschung ablehnen und wir die Daten nicht mehr benötigen, Sie jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder Sie gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben.

- gemäß Art. 20 DSGVO auf Datenübertragbarkeit.
- gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch einlegen: Soweit wir die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten auf eine Interessenabwägung stützen, können Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen. Dies ist der Fall, wenn die Verarbeitung insbesondere nicht zur Erfüllung eines Vertrags mit Ihnen erforderlich ist. Bei Ausübung eines solchen Widerspruchs bitten wir um Darlegung der Gründe, weshalb wir Ihre personenbezogenen Daten nicht wie von uns durchgeführt verarbeiten sollten. Im Falle Ihres begründeten Widerspruchs prüfen wir die Sachlage und werden entweder die Datenverarbeitung einstellen bzw. anpassen oder Ihnen unsere zwingenden schutzwürdigen Gründe aufzeigen, aufgrund derer wir die Verarbeitung fortführen.
- Nach Art. 77 DSGVO können Sie sich bei einer Datenschutz-Aufsichtsbehörde über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns beschweren. Die für uns zuständige Aufsichtsbehörde ist:
 - Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Gustav-Stresemann-Ring 1, 65189 Wiesbaden, Telefon: 0611-1408 0, Telefax: 0611-1408 611, E-Mail: poststelle@datenschutz-hessen.de